


Harald Hagn

Referat: „Bereichsübergreifende Analysen, Statistikportal, Regionalstatistik, Veröffentlichungen, Bibliothek“

0361 57331-9640
Harald.Hagn@statistik.thueringen.de

SONSTIGES

Etappen der Entwicklung des Statistischen Dienstes in der DDR (1971–1980)

Vorbemerkung

Auf Beschluss der Regierung der DDR und der SED wurde das „Einheitliche System von Rechnungsführung und Statistik“ ausgearbeitet und in den Jahren 1968 bis 1971 schrittweise in allen Bereichen der Volkswirtschaft eingeführt.

Dabei wurde die volkswirtschaftliche Statistik - und hier insbesondere die Wirtschaftsstatistik - immer enger mit dem Rechnungswesen der Betriebe und Institutionen verknüpft. Obgleich das „Einheitliche System von Rechnungsführung und Statistik“ an sich bereits ein grundlegendes Rationalisierungsvorhaben der Informationsgewinnung darstellte, wurden über seine Durchsetzung und ständig vermehrte Nutzung hinaus in den Jahren unmittelbar nach seiner Einführung neue gesetzliche Bestimmungen erlassen, die es fortwährend aktualisierten. Es wurde verbindlich und einheitlich für alle Ebenen der Planwirtschaft, angefangen von den Betrieben, Unternehmen, Institutionen und staatlichen Einrichtungen bis hin zur gesamten Volkswirtschaft, ausgestaltet. Damit wurde die Statistik konsequent auf die Planung, Leitung und Überwachung der Zentralverwaltungswirtschaft ausgerichtet.

Die Weiterentwicklung von Rechnungsführung und Statistik

Die Entwicklungsaufgaben

Die Hauptaufgabe des „Einheitlichen Systems von Rechnungsführung und Statistik“ bestand darin, zur Vorbereitung und Durchführung von Entscheidungen für die Partei und Staatsführung - insbesondere für die Planung und Leitung des gesamtwirtschaftlichen

Produktionsprozesses einschließlich der Kontrolle der Planerfüllung - die erforderlichen Informationen und Analysen bereitzustellen. Im Mai 1970 wurde vom Ministerrat der DDR die Entwicklungskonzeption von Rechnungsführung und Statistik für den Fünfjahrplanzeitraum 1971 bis 1975 bestätigt.¹⁾ Durch diese Konzeption wurde die inhaltliche und methodisch-organisatorische Weiterentwicklung des in den Jahren 1968 bis 1971 eingeführten „Einheitlichen Systems von Rechnungsführung und Statistik“ als Institution des Ministerrates festgelegt.

In der DDR wurden Rechnungsführung und Statistik als gesamtstaatliches System der Erfassung, Verarbeitung und Analyse zahlenmäßiger Informationen über die abgelaufenen wirtschaftlichen Entwicklungen für die Führungstätigkeit auf allen Ebenen aufgefasst. Der Grundgedanke dieses Systems bestand nun darin, durch eine einheitliche Informationserfassung und -verarbeitung zugleich den Informationsbedürfnissen für die zentrale staatliche Planung und Leitung der Grundfragen einerseits und den Erfordernissen der Planung und Leitung in den Betrieben und Kombinatn andererseits zu entsprechen. Dies bedeutete, dass grundsätzlich durch die einmalige allseitige Erfassung sämtlicher wirtschaftlichen Erscheinungen und Prozesse die Informationsbedürfnisse aller Leitungsebenen zu befriedigen waren.²⁾

Auf allen Ebenen wurden die Informationen von Rechnungsführung und Statistik für sämtliche Phasen der Führungstätigkeit benötigt. Insbesondere für das Vorbereiten und Fällen von Entscheidungen und die Organisation und Kontrolle der Durchführung der Beschlüsse von Partei und Regierung. Aus diesem Grunde wurde von den Informationen von Rechnungsführung und Statistik ein hohes Maß an Aktualität, Aussagefähigkeit, Funktions- und Zukunftsbezogenheit erwartet.

1) Vgl. Mitteilungen des Ministerrats vom 16. Juni 1970, Nr. 10, S. 61 ff

2) Siehe hierzu „Etappen der Entwicklung des Statistischen Dienstes in der DDR (1949-1970)“, Statistisches Monatsheft Thüringen, März 2022

Erstmalige Ausarbeitung langfristiger Programme

Aus dem Umstand, dass für den Zeitraum 1971 bis 1975 der Fünfjahrplan erstmalig als Hauptsteuerungsinstrument der Entwicklung der Volkswirtschaft wirksam wurde, ergaben sich aufgrund der engen Verflechtung zwischen Planung einerseits sowie Rechnungsführung und Statistik andererseits wesentliche Aufgaben für die Entwicklung des „Einheitlichen Systems von Rechnungsführung und Statistik“. Dies galt sowohl für die betriebliche Erfassung und Aufbereitung als auch für das staatliche Berichtswesen.

Dementsprechend wurden zusammen mit den Planungsaufgaben und den langfristigen Normativen durch die Entwicklungskonzeption von Rechnungsführung und Statistik für den Fünfjahrplanzeitraum konkrete Handlungsanweisungen für die Erfassung, Verarbeitung und Weiterleitung der zahlenmäßigen Informationen vorgegeben. Damit sollten die Betriebe, Kombinate und wirtschaftsleitenden Organisationen die Möglichkeit erhalten, die Gestaltung ihrer Informationssysteme und die Planung ihrer Informationsprozesse ebenfalls langfristig auf die einheitlich zu ermittelnden Daten entsprechend den Anforderungen des staatlichen Berichtswesens und den gesetzlichen Mindestanforderungen an die betriebliche Erfassung, Aufbereitung und Nachweissführung einzustellen.

Die erstmalige Ausarbeitung langfristiger Programme für das Berichtswesen und ihre Abstimmung mit anderen Einrichtungen stellte einen weiteren Schritt bei der Gestaltung von Rechnungsführung und Statistik dar. Diese Perspektivprogramme des Berichtswesens wurden in der Mehrzahl der verschiedenen Volkswirtschaftszweige den Betrieben, Kombinatensowie Einrichtungen des Staates und der Wirtschaft bereits in den ersten Monaten des Jahres 1971 übergeben. Dabei bestand die Grundlinie der perspektivischen Entwicklung des Berichtswesens nicht etwa darin bedeutend mehr Kennziffern als bislang zu ermitteln. Vielmehr sollte es in erster Linie durch eine Verbesserung des Kennziffernsystems sowie durch Koordinierung, Kombination und Aggregation umfassende Aussagen über die Schwerpunkte sowohl der volkswirtschaftlichen als auch der betrieblichen Entwicklung ermöglichen.

Ausbau des staatlichen Berichtswesens

Die wichtigsten Weiterentwicklungen hinsichtlich des staatlichen Berichtswesens beschränkten sich vornehmlich auf 3 Bereiche.

So wurde erstens die Erarbeitung ergebnis- und objektbezogener Kennziffern angestrebt. Dies erschien zum einen erforderlich, um für Haupterzeugnisse und -erzeugnisgruppen möglichst genaue Grundlagen für die Kalkulation, Abrechnung und Kontrolle von Aufwand und Nutzen der in den verschiedenen Betrieben und Kombinatens gefertigten Produkte zu erhalten. Die hierbei gewonnenen Erkenntnisse sollten als Entscheidungsgrundlage für strukturpolitische Maßnahmen sowie zur Einschätzung der volkswirtschaftlichen Produktivität, Rentabilität und Effektivität dienen. Zum anderen sollten durch den ergebnis- bzw. objektbezogenen Ausweis von Aufwand und Ergebnis gleichzeitig verbesserte Voraussetzungen für die Aufstellung von Teil- und Gesamtverflechtungsbilanzen³⁾ und damit insbesondere zur Kontrolle der durch den Plan festgelegten volkswirtschaftlichen Proportionen geschaffen werden.

Ein weiterer Schwerpunkt beim Ausbau des staatlichen Berichtswesens bestand in dem Versuch, der Vielschichtigkeit einer Reihe von wirtschaftlichen Erscheinungen und Prozessen besser gerecht zu werden. So wurden bislang beispielsweise Stand und Entwicklung der Arbeitsproduktivität lediglich auf der Grundlage einer Kennziffer, nämlich der Warenproduktion je Beschäftigten, zum Ausdruck gebracht. Eine umfassende Widerspiegelung erforderte jedoch die Darstellung der verschiedenen Seiten der Arbeitsproduktivität mit Hilfe mehrerer Kennziffern oder gar Kennziffernsysteme. Deshalb begann man die Arbeitsproduktivität auch auf der Basis der Kennziffer Eigenleistungen zu berechnen und darüber hinaus solche Kennziffern wie die Nettoproduktion je Beschäftigten zu verwenden⁴⁾ Außerdem erschien es nunmehr erforderlich, die Produktivität nicht nur je Beschäftigten, sondern auch je tatsächlich geleistete Arbeitsstunde zu verfolgen. Analoge Überlegungen wurden auch hinsichtlich der Darstellung und Analyse anderer vielschichtiger Erscheinungen und ökonomischer Kategorien angestellt, wie Effektivität von Forschung, Entwicklung, Konsum- und Investitionsgüterherstellung, Vorbereitung, Durchführung und Effekt der Systemautomatisierung sowie bezüglich der Verwirklichung des „sozialistischen Sparsamkeitsregimes“

3) Gesamtverflechtungsbilanzen erfassten volkswirtschaftliche Prozesse, wie z. B. das gesellschaftliche Gesamtprodukt (nicht zu verwechseln mit dem Bruttosozialprodukt) in seiner wert- und gebrauchsmäßigen Struktur. Teilverflechtungsbilanzen wurden für Teilsysteme, wie Betriebe, Zweige, Kombinate, Ministerien, Produktionskomplexe, einzelne Erzeugnisgruppen u. a. aufgestellt.

4) Hierbei sei angemerkt, dass sich Definitionen und Abgrenzungen solcher Begriffe wie Arbeitsproduktivität, Nettoproduktion usw. in der DDR vielfach von jenen in der Bundesrepublik gebräuchlichen deutlich unterscheiden.

Drittens erfolgte schließlich eine wesentliche Ergänzung im betrieblichen System der Rechnungsführung und Statistik sowie im System der staatlichen Berichterstattung hinsichtlich einer umfassenden Beobachtung und Analyse der Prozesse und Ergebnisse im Bereich der Forschung und Entwicklung. Hierbei ging es vor allem um eine genaue Kontrolle der Plandurchführung in den verschiedenen Arbeitsstufen von Forschung und Entwicklung sowie um die Analyse des Standes und der Entwicklung im Rahmen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts in den einzelnen Bereichen und auf verschiedenen Gebieten. Dies schloss auch eine genaue, aufgabenbezogene Darstellung der Kosten und der Effektivität sowie der Dauer der wesentlichen Forschungs- und Entwicklungsvorhaben bis hin zu ihrer Einführung in der industriellen Produktion ein.

Neben den bislang genannten Hauptentwicklungen erfolgten noch auf einer Reihe weiterer Gebiete zum Teil wesentliche Veränderungen. So wurden für eine Anzahl von Berichterstattungen nicht nur die juristischen Einheiten, sondern auch deren regionale Teilbetriebe berichtspflichtig. Dies wurde sowohl für die Leitungstätigkeit der örtlichen Partei- und Staatsorgane, als auch für die zentrale staatliche Planung der Gebietsentwicklung als notwendig erachtet.

Die Weiterentwicklung von Rechnungsführung und Statistik bestand darüber hinaus in einer Gewinnung von Informationen über die als strukturbestimmend angesehenen Aufgaben in Wissenschaft, Forschung, Entwicklung, Produktion und Investitionen sowie über die in der DDR-Wirtschaft der Planung unterworfenen Proportionen in und zwischen den verschiedenen Bereichen der Volkswirtschaft unter Beachtung ihrer Effektivitätsentwicklung. Hierzu sollte sie vor allem durch Anwendung ökonomisch-mathematischer Modelle in der Planung beitragen.

Weitere Maßnahmen zur Weiterentwicklung von Rechnungsführung und Statistik

Im Juni 1973 beschloss der Ministerrat der DDR „Maßnahmen zur weiteren Qualifizierung und rationalen Gestaltung von Rechnungsführung und Statistik in den Jahren 1973 bis 1975“ und die „Hauptrichtung der längerfristigen Vorbereitung von Rechnungsführung und Statistik für die Jahre 1976 bis 1980“. In den Ministerratsbeschluss fanden vielfältige Erfahrungen und Hinweise von Praktikern und Wissenschaftlern Eingang. Hierzu gehörten ins-

besondere die Ergebnisse der im Mai 1972 durchgeführten Arbeitskonferenz mit Hauptbuchhaltern und leitenden Mitarbeitern von Rechnungsführung und Statistik der Betriebe und Kombinate, welche sich mit der Einführung und Weiterentwicklung des „Einheitlichen Systems von Rechnungsführung und Statistik“ beschäftigten. Ausgehend von dem bereits erreichten Entwicklungsstand bei der Umsetzung der eingangs genannten Einwicklungskonzeption wurden weitere Maßnahmen für Rechnungsführung und Statistik auf allen Gebieten festgelegt.

Das Berichtswesen des statistischen Dienstes sollte künftig fortwährend hinsichtlich seines Umfangs und seiner Periodizität überprüft werden, um es auf das für die Leitung und Planung der Volkswirtschaft als notwendig erachtete Maß zu begrenzen. Zugleich jedoch waren die vollständige Planabrechnung und die volkswirtschaftlich notwendige Berichterstattung zu gewährleisten. Um die Betriebe nicht unnötiger Verwaltungsarbeit auszusetzen, wurde das staatliche Berichtswesen bis 1975 im Prinzip konstant gehalten. Zusätzliche oder veränderte Anforderungen wurden nur noch dann an die Betriebe gestellt, wenn sie zuvor in Beschlüssen der Parteiführung und der Regierung festgelegt worden waren.

Hinsichtlich der Sicherung der erforderlichen Informationen für die Planung und Leitung sollte nunmehr stets von dem Grundsatz ausgegangen werden, dass sie nicht zu einer Mehranforderung an die Betriebe und Einrichtungen führen durften, sondern auf der Grundlage der in den Betrieben vorliegenden Daten, ihrer wirtschaftlichen Erfassung durch ein vereinfachtes Berichtswesen sowie ihrer vielseitigen Aufbereitung und Auswertung zu erfolgen hatte. Es sollte also gewährleistet werden, dass eine Erhöhung der Aussagefähigkeit des statistischen Datenmaterials nicht auf der Grundlage einer Durchführung neuer Erhebungen zustande kam, sondern vor allem durch eine hohe Vergleichbarkeit und Kombinationsfähigkeit der statistischen Daten, Umgruppierung vorhandener Unterlagen in die geforderte problem- und bedarfsgerechte Form sowie eine größere Flexibilität des Datenangebotes. Auch sollten nunmehr zu diesem Zweck mathematisch-statistische Verfahren angewandt werden und eine auf Schätzungen beruhende Ermittlung fehlender statistischer Unterlagen durch Kombination vorhandener Ergebnisse erfolgen.

Der Ministerratsbeschluss vom Juni 1973 sah auch eine inhaltliche Weiterentwicklung der statistischen Analysen und Informationen auf verschiedenen Gebieten vor. Im Einzelnen wurde hierbei vor allem an folgende Maßnahmen gedacht:

- Hinsichtlich der Darstellung des Verlaufs der planmäßigen proportionalen Entwicklung der Volkswirtschaft⁵⁾ sollte vor allem der Ausbau des volkswirtschaftlichen Bilanzsystems - des Hauptinstruments der staatlichen Planung - und die vermehrte Bereitstellung regional gegliederter Informationen für die Planung und Leitung vorangetrieben werden.
- Zur Abrechnung und Kontrolle der volkswirtschaftlichen Effektivität und der Intensität des volkswirtschaftlichen Produktionsprozesses waren die statistischen Untersuchungen auf den Gebieten der Arbeitsproduktivität, des abnutzbaren Anlagevermögens und der Investitionen zu verstärken.
- Eine eingehendere Analyse des Standes und der Entwicklung des Lebensstandards der Bevölkerung umfasste eine große Vielfalt von Aufgaben, angefangen von Untersuchungen über die Versorgung der Bevölkerung mit Konsumgütern und Dienstleistungen sowie einer verbesserten Abrechnung der Versorgungspläne bis hin zu sozialökonomischen Untersuchungen.
- Die Entwicklung der ökonomischen Integration im Rahmen des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) erforderte auch auf dem Gebiet von Rechnungsführung und Statistik eine Reihe von Maßnahmen. Dazu gehörten insbesondere die Ausarbeitung einer einheitlichen Erzeugnisnomenklatur der industriellen und landwirtschaftlichen Produktion sowie die Durchführung von Vergleichen wichtiger Wertkennziffern über die Entwicklung der Volkswirtschaften der Mitgliedsländer des RGW.

Zur Unterstützung einer straffen Kontrolle und um weitere Voraussetzungen für ein rechtzeitiges Einleiten von Maßnahmen durch die Leitungsorgane zu schaffen, wurde die amtliche Statistik durch den Ministerratsbeschluss ferner angewiesen, die Ergebnisse einer Reihe von Berichterstattungen frühzeitiger bereitzustellen. Dabei sollte sich die Beschleunigung der Informationsbereitstellung auf der Grundlage der Elektronischen Datenverarbeitung vollziehen. Mit dem Einsatz einer leistungsfähigeren Datenverarbeitungstechnik und dem Ausbau der Datenfern-

übertragung wurde im Rahmen des Einheitlichen Systems der elektronischen Rechentechnik (ESER) ein umfangreiches Potential zur Aktualisierung der statistischen Informationen erschlossen. Hierbei erforderten die wachsenden Anforderungen an die Informationsbereitstellung vor allem den zügigen Aufbau einer elektronischen Datenverarbeitung und -speicherung. Diese wurde nunmehr zum Kernstück der Aufbereitungs- und Auswertungsprozesse der statistischen Berichterstattungen entwickelt.

Der Ministerratsbeschluss vom Juni 1973 sah zugleich vor, die betriebliche Rechnungsführung und Statistik und die staatliche Berichterstattung im Zusammenhang mit der Ausarbeitung der „Ordnung und Planung der Volkswirtschaft der DDR 1976 bis 1980“ und der Weiterentwicklung der wirtschaftlichen Rechnungsführung umfassend zu überprüfen und die Rechtsvorschriften zu überarbeiten. Darüber hinaus wurde die Staatliche Zentralverwaltung für Statistik angewiesen, in enger Zusammenarbeit mit der Staatlichen Plankommission und anderen Behörden eine „Ordnung der Planabrechnung“ für den Zeitraum des Fünfjahresplanes 1976 bis 1980 herauszugeben. Damit sollte vor allem die Einheit von Planung und Abrechnung wirksam durchgesetzt werden.

Mit der „Ordnung und Planabrechnung“ wurde die inhaltliche und methodische Gestaltung des Berichtswesens in Übereinstimmung mit weiteren angestrebten Verbesserungen der Planung und unter Berücksichtigung sonstiger Vereinfachungen verbindlich festgelegt. Ihre Ausarbeitung erfolgte weitgehend parallel mit jener der „Ordnung der Planung der Volkswirtschaft der DDR 1976 bis 1980“ sowie auf deren Grundlagen. Dabei wurden Entwürfe zur Gestaltung und Weiterentwicklung des staatlichen Berichtswesens der Bereiche und Querschnittsgebiete für den kommenden Fünfjahresplan erarbeitet. Die amtliche Statistik stellte jenen Betrieben, welche den Entwurf der Rahmenrichtlinie für die Betriebsplanung erprobten, Konzeptionen der weiterentwickelten Rechtsvorschriften für Rechnungsführung und Statistik zur Diskussion und beriet sie mit einer Anzahl von Betrieben.

Mit dem im Jahr 1974 vorgelegten Entwurf einer „Rahmenrichtlinie für die Betriebsplanung“ sollten die Voraussetzungen für eine bessere Verbindung zwischen der betrieblichen Planung und der volkswirtschaftlichen Bilanzierung geschaffen werden. Daneben wurde das Ziel verfolgt, auf der Grundlage der Anforderungen der Volkswirtschaftsplanung derartige Regelungen für die betriebliche Planung

5) In diesem Zusammenhang ist das sogenannte „Gesetz der planmäßigen proportionalen Entwicklung der Volkswirtschaft“ von Bedeutung. Dieses erforderte die planmäßige Entwicklung der Volkswirtschaft und die Proportionalität in der Verteilung der Produktionsmittel und Arbeitskräfte auf die Bereiche und Zweige, um das im „Ökonomischen Grundgesetz des Sozialismus“ zum Ausdruck kommende Ziel der „sozialistischen Produktion“ zu verwirklichen. Planmäßigkeit und Proportionalität wurden im Sozialismus bewusst gestaltet und sollten eine effektive und harmonische Entwicklung der verschiedenen Bereiche und Zweige in ihren qualitativen und quantitativen Wechselbeziehungen, Größenordnungen und in ihrem Wachstumstempo sicherstellen.

zu schaffen, dass der Produktionsprozess in den Betrieben und Kombinatn wirtschaftlicher gestaltet werden konnte. Gleichzeitig begann man nun, die noch in 2 gesonderten Verordnungen enthaltenen Rechtsvorschriften über Rechnungsführung und Statistik der Betriebe und Kombinate einerseits und über das staatliche Berichtswesen andererseits zu einer einheitlichen Verordnung zusammenzufassen.

Diese Bemühungen mündeten in eine Neufassung der Verordnung über Rechnungsführung und Statistik und eine grundlegende Anordnung für die Betriebe und Kombinate sowie eine Anordnung über die Durchführung von Inventuren. Mit der „Verordnung vom 20. Juni über Rechnungsführung und Statistik“⁶⁾ und den folgenden Anordnungen⁷⁾ sollte eine große Anzahl bislang in Form von Verordnungen, Durchführungsbestimmungen, Anordnungen und Anweisungen einzeln bestehender Rechtsvorschriften zusammengeführt werden. Diese Einschränkung der Anzahl von Rechtsvorschriften sollte unmittelbar deren Durchsetzung in den Betrieben erleichtern und insgesamt zu einer Erhöhung der Rechtssicherheit beitragen.

Ziel war es, nur so viele Veränderungen gegenüber den bislang gültigen Rechtsvorschriften vorzunehmen, wie aus gesamtstaatlichen Erfordernissen und aus Gründen einer Verbesserung der Leitung und Planung der Betriebe, Kombinate und wirtschaftsleitenden Einrichtungen unbedingt erforderlich war. Hierzu zählte auch die Grundforderung, dass zwischen den Vorschriften der „Ordnung der Planung der Volkswirtschaft der DDR 1976 bis 1980“ und der „Rahmenrichtlinie für die Betriebsplanung“ sowie den inhaltlichen und methodischen Festlegungen in Rechnungsführung und Statistik Übereinstimmung bestehen musste.

Durch das „Statut der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik vom 24. Juli 1975“⁸⁾ schließlich erfolgte eine neue gesetzliche Einordnung der amtlichen Statistik in die gesamte Leitung und Planung der Volkswirtschaft der DDR. Ihr enges Zusammenwirken, insbesondere auch mit der Staatlichen Plankommission, fand ihre rechtliche Grundlegung. Die Verantwortung des Statistischen Dienstes, seine Pflichten und die Schwerpunkte seiner Tätigkeit wurden neu geregelt. Auf den Inhalt des Statuts wird in einem abschließenden Aufsatz zur DDR-Statistik im Statistischen Monatsheft Thüringen - Ausgabe Mai 2022 näher eingegangen werden.

6) Vgl. Gesetzblatt der DDR 1975 I/36, S. 585 ff

7) Vgl. Gesetzblatt der DDR, Sonderdruck Nr. 800 und 801 sowie 1976 I/1 S. 13 ff. und 1976 I/2, S. 21 ff.

8) Vgl. Gesetzblatt der DDR 1975 I/36, S. 639 ff.

9) Unter volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung verstand man in der DDR ein System volkswirtschaftlicher Bilanzen, mit dem anhand ausgewählter Kennziffern in einer Gesamtrechnung die wichtigsten Proportionen und Wechselbeziehungen des Produktionsprozesses der Volkswirtschaft für einen bestimmten Zeitraum nachgewiesen werden konnten.

Aufgaben, Verantwortung und Methoden der amtlichen Statistik nach dem IX. Parteitag der SED

Ausgehend von den Beschlüssen des IX. Parteitages der SED und den grundsätzlichen methodischen Festlegungen der „Ordnung der Planung der Volkswirtschaft der DDR“ wurde von der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik das statistische Berichtswesen für den Zeitraum 1976 - 1980 ausgearbeitet und durchgeführt. Entsprechend den Vorgaben der politischen Entscheidungsträger war man dabei bemüht, die zentralisierten Berichterstattungen mehr auf eine umfassende und zeitnahe Plankontrolle sowie eine verstärkte Bewertung wirtschaftlicher Erscheinungen und Prozesse auszurichten. Durch das Berichtswesen des Statistischen Dienstes wurde versucht auf diese Weise verbesserte Voraussetzungen für eine eingehendere analytische Bearbeitung der verschiedenen volkswirtschaftlichen Bereiche und deren Verflechtungen zu schaffen.

Anforderungen an Rechnungsführung und Statistik

Im Mittelpunkt der Arbeit des Statistischen Dienstes in der 2. Hälfte der 70er Jahre stand die Abrechnung und Analyse der Direktive des IX. Parteitages über die wirtschaftliche Entwicklung der DDR für den Zeitraum 1976 bis 1980 und des daraus abgeleiteten Fünfjahrplanes sowie die Abrechnung und Analyse der Volkswirtschaftspläne. Die Erfüllung dieser Aufgaben stellte als Grundanforderungen an die Tätigkeit der amtlichen Statistik die Ausarbeitung von zahlenmäßigen und verbalen Informationen, welche führungsgerecht, entscheidungsbezogen und zum geeigneten Zeitpunkt der Partei- und Staatsführung vorgelegt werden sollten. Dabei war der Erhöhung der Aktualität und Aussagefähigkeit wichtiger statistischer Ergebnisse und Analysen besonderes Gewicht beizumessen.

Ausbau des volkswirtschaftlichen Bilanzsystems

Die Forderung des IX. Parteitages, eine verbesserte volkswirtschaftliche Bilanzierung zu bewerkstelligen, machte die Weiterentwicklung der in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung⁹⁾ enthaltenen Bilanzen und Kennziffernübersichten erforderlich. Dabei sollte gewährleistet werden, dass die bestehenden Wechselbeziehungen zwischen den verschiedenen Bereichen des gesamtwirtschaftlichen Produktions-

prozesses umfassender, tiefer und geschlossener erfasst und bilanziert wurden. Auch waren Kennziffern und Methoden zu entwickeln, die den Prozess der „sozialistischen ökonomischen Integration“ im Rahmen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung widerzuspiegeln hatten.

Zur Bilanzierung des gesellschaftlichen Gesamtprodukts¹⁰⁾ und des Nationaleinkommens¹¹⁾ sollten ferner Verflechtungsbilanzen erarbeitet werden, welche der Planung des Fünfjahrplanzeitraumes 1981 bis 1985 zugrunde gelegt werden konnten. Insbesondere war eine Verflechtungsbilanz des gesellschaftlichen Gesamtprodukts aufzustellen, die in einer tiefen Gliederung die Verflechtungsbeziehungen der Erzeugnisgruppen untereinander erfasste und bilanzierte. Sie sollte weitgehend durch Verwendung „ökonomisch-mathematischer“ Methoden und unter Einsatz der EDV gewonnen und ausgewertet werden. Unter Einbeziehung der vergleichbar zu berechnenden Verflechtungsbilanzen 1968 und 1972 waren gleichzeitig gezielte Untersuchungen zu Fragen der Proportionalität und Effektivität des gesamtwirtschaftlichen Produktionsprozesses vorzunehmen.

Intensivierungsmöglichkeiten des Produktionsprozesses

Die Direktive des IX. Parteitages der SED zum Fünfjahrplan für die Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR räumte den „qualitativen Wachstumsfaktoren der Produktion“, also einer Verbesserung des Verhältnisses von Aufwand und Ertrag, eine zentrale Stellung ein. Zu einem Kernstück der Arbeit des Statistischen Dienstes wurde daher die Bereitstellung statistischer Informationen in Form solcher Kennziffern, die geeignet waren, Möglichkeiten einer rationelleren Gestaltung des gesamtwirtschaftlichen Produktionsprozesses aufzudecken. Im Mittelpunkt der diesbezüglichen Tätigkeit standen vor allem die nachfolgend genannten Aufgaben.

Über den erreichten Nutzen aus Maßnahmen des Planes Wissenschaft und Technik¹²⁾ in Verbindung mit dem Nutznachweis zentral geplanter Investitionsvorhaben sollten zweckdienliche Informationen bereitgestellt werden. In diesem Zusammenhang wurde insbesondere der Gewinnung von Angaben der auf Wissenschaft und Technik zurückzuführenden Einsparungen an Materialkosten und Arbeitszeit besondere Bedeutung beigemessen. Darüber hinaus sollte zahlenmäßig belegt werden, inwieweit mit Blick auf abgeschlossene Forschungs- und Entwicklungsprojekte des Planes die gewonnenen Ergebnisse in neue Erzeugnisse, Konstruktionen, Verfahren, Methoden oder Standards umgesetzt werden konnten.

Auch der Gewinnung von Angaben über die Auslastung des abnutzbaren Anlagevermögens, insbesondere der hochproduktiven Maschinen, kam nun vermehrt Bedeutung zu. Dabei sollte konkretes Zahlenmaterial sowohl über die zeitliche als auch über die leistungsmäßige Inanspruchnahme des abnutzbaren Anlagevermögens erarbeitet werden. In diesem Zusammenhang war auch ein genauer Nachweis über die Schichtauslastung der Maschinen und maschinellen Anlagen vorzunehmen.

Auf dem Gebiet der Investitionsstatistik sollte die Informations- und Analysenarbeit des Statistischen Dienstes nunmehr verstärkt auf eine Kontrolle der Investitionstätigkeit ausgerichtet werden. Insbesondere war zu überprüfen, ob jedes Investitionsvorhaben zum voraussichtlichen Termin fertiggestellt und in Betrieb genommen, der in Aussicht gestellte Leistungszuwachs erreicht und die geplanten Investitionskosten eingehalten wurden.

Ferner war man bestrebt, mittels Rechnungsführung und Statistik geeignete Voraussetzungen für eine straffe Kontrolle der planmäßigen Senkung des Materialverbrauchs in den Betrieben zu gewährleisten. Dabei wurde vor allem eine Verbesserung der betrieblichen Normenarbeit auf dem Gebiet der Materialwirtschaft beabsichtigt. Wichtige Erkenntnisse über den Stand der Arbeit mit Normen und Normativen des betrieblichen Materialverbrauchs lieferte die hierzu 1976 durchgeführte statistische Erhebung.

Auch war es nunmehr vorrangige Aufgabe der amtlichen Statistik, laufend Informationen über verschiedene Beschäftigungsgruppen, insbesondere über das Produktionspersonal und das Leitungs- und Verwaltungspersonal, zur Verfügung zu stellen. Hierzu zählten vor allem Angaben über die Entwicklung des Qualifikationsniveaus der Beschäftigten, ihren ausbildungsgerechten Einsatz, die Fluktuation usw.. Darüber hinaus sollten genaue Zahlenangaben über die Ausnutzung der zur Verfügung stehenden Arbeitszeit, die Verringerung der beeinflussbaren Stillstands- und Wartezeiten und über die Einschränkung von Überstunden bereitgestellt werden.

Schließlich sollten mittels Rechnungsführung und Statistik auch noch die Voraussetzungen für die Anwendung von Kostennormativen, -normen und -limits geschaffen werden. Dies sollte dazu beitragen, den rationellen Einsatz der Technik sowie die wirtschaftliche Nutzung von Material, Energie und Arbeitszeit zu fördern und bis zum letzten Arbeitsplatz hin abrechenbar zu gestalten.

10) Im Sozialismus die Gesamtheit der von der Gesellschaft in einem bestimmten Zeitabschnitt, in der Regel einem Jahr, erzeugten materiellen Güter und produktiven Leistungen. Das gesellschaftliche Gesamtprodukt war somit das Gegenstück zum Bruttosozialprodukt.

11) Jener Teil des gesellschaftlichen Gesamtprodukts, der nach Abzug des Produktionsverbrauchs verblieb und den durch die produktive Arbeit geschaffenen Wert verkörperte.

12) Bestandteil der Fünfjahr- und Jahrespläne aller Bereiche der Volkswirtschaft, welcher auf Grund der Bedeutung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts für die Intensivierung des gesamtwirtschaftlichen Produktionsprozesses eine zentrale Stellung einnahm.

Berichterstattung über Arbeits- und Lebensbedingungen

Eine weitere Aufgabe der amtlichen Statistik nach dem IX. Parteitag bestand in der Erarbeitung von Unterlagen über die Entwicklung der Arbeits- und Lebensbedingungen, vor allem auf den nachfolgend genannten Gebieten.

Im Zusammenhang mit der „Verwirklichung des langfristigen Wohnungsbauprogramms“ hatte sich die Arbeit der Statistiker insbesondere auf den Nachweis der Planerfüllung im Wohnungsbau, die Entwicklung der Wohnverhältnisse, die Kontrolle von Maßnahmen zur Modernisierung von Wohnungen und der plangerechten Durchführung von Reparaturen sowie die Untersuchung von Bauzeiten und Baupreisen im Wohnungsneubau zu konzentrieren.

Bei der Darstellung der Entwicklung des Lebensstandards war nunmehr in vermehrten Maße auf solche Probleme, wie die vertrags- und qualitätsgerechte Produktion und Lieferung von Konsumgütern an den Handel sowie die Entwicklung neu- und weiterentwickelter Konsumgüter und deren Einführung in die Produktion, einzugehen.

Umfassend und genau abzurechnen waren auch die „neuen Maßnahmen zur Verwirklichung des sozialpolitischen Programms“, insbesondere die im „Gemeinsamen Beschluss des Zentralkomitees der SED, des Bundesvorstandes des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes (FDGB) und des Ministerrates über die weitere planmäßige Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Werktätigen im Zeitraum 1976 bis 1980“ vom 27. Mai 1976 enthaltenen Maßnahmen. Diesem Beschluss wurde besondere Bedeutung beigemessen und er sollte daher fortan im Mittelpunkt der statistischen Berichterstattung insbesondere für die Öffentlichkeit stehen. Dies galt sowohl im Hinblick auf die Durchführung dieser Maßnahmen auf den Gebieten der Lohnpolitik, der Renten und Sozialfürsorgeleistungen, der Förderung berufstätiger Mütter sowie der Arbeitszeit und Urlaubsregelung als auch hinsichtlich der Auswirkungen dieser Maßnahmen auf die allgemeinen Arbeits- und Lebensbedingungen. Besonderer Wert wurde in diesem Zusammenhang auch auf eine ständig aktuelle und genaue Abrechnung des Versorgungsplanes der Bevölkerung gelegt, da dieser bei Leitungsentscheidungen zu Versorgungsproblemen einen zentralen Platz einnahm.

13) Bei den Gesellschaftswissenschaften handelte es sich um die marxistische Bezeichnung für jene Wissenschaften, deren Gegenstand die verschiedenen Formen und Seiten des gesellschaftlichen Lebens sind (Geschichte, Wirtschaft, Recht, Sprache, Kunst usw.).

14) Hierbei handelte es sich um ein arbeitsteiliges Entwicklungs- und Rationalisierungsprogramm für elektronische Datenverarbeitungsanlagen und dazugehörige Betriebssysteme sowie Testprogramme in den früheren Ostblockstaaten.

Aufgaben bei der Anwendung der EDV

Die Staatliche Zentralverwaltung für Statistik war zum einen verantwortlich für die gesellschaftswissenschaftliche Forschung¹³⁾ auf dem Gebiet von Rechnungsführung und Statistik. Zum anderen wurden ihr nun in zunehmenden Maße auch Aufgaben von gesamtwirtschaftlicher Bedeutung bei der EDV-Anwendungsforschung, einem Teilgebiet der naturwissenschaftlich-technischen Forschung und Entwicklung, übertragen. Dabei ging es nicht nur um den Einsatz dieser technischen Hilfsmittel für die Rationalisierung innerhalb von Rechnungsführung und Statistik, sondern gleichfalls um eine Reihe praxisbezogener Vorlaufarbeiten, welche zu einer neuen Qualität der Nutzung der EDV in der DDR-Volkswirtschaft führen sollten.

Unter Berücksichtigung der gewonnenen Erkenntnisse beim schrittweisen Aufbau des Datenspeichers Statistik war daher das geplante Datenbanksystem der amtlichen Statistik zu gestalten. Außerdem sollten wesentliche praxisreife Ergebnisse erreicht werden, wie die Umstellung des zentralen Datenspeichers auf das Einheitliche System der elektronischen Rechentechnik (ESER)¹⁴⁾, die darauf aufbauende Erweiterung der Datenbasis sowie die Schaffung weiterer Anwendungsbeispiele.

Durch diese Entwicklungsarbeiten sollten die Voraussetzungen geschaffen werden, um bei der Planung des Berichtswesens für 1981 bis 1985 zusätzliche Rationalisierungseffekte für eine einheitliche Gestaltung der Datenerfassung, der Datenspeicherung und der Auswertung zu erzielen zu gewährleisten. Dabei sollten zugleich jene Probleme gelöst werden, die mit der Verbesserung der Organisation des Datenspeicherbetriebes, der Entwicklung eines Datenspeicherauskunftssystems sowie mit der Ausnutzung der Mikrofilmtechnik zusammenhingen.

Leistungsbewertung der Betriebe und Kombinate

Nachdem auf dem IX. Parteitag im Mai 1976 beschlossen worden war, zur Verbesserung der Leitungstätigkeit in der Industrie, die Kombinate zu umfassenden Wirtschaftseinheiten auszubauen und die 5. Tagung des Zentralkomitees im März 1977 die Richtschnur für die „Vervollkommnung bestehender und die Bildung neuer Kombinate“ vorgab, gewannen Fragen der Bewertung betrieblicher Leistungen für die Volkswirtschaft der DDR zunehmend an Bedeutung.

Bereits am 23. März 1976 hatte das Politbüro den Beschluss zur Leistungsbewertung der Betriebe und Kombinate gefasst. Darin war eine Reihe von Kennziffern festgelegt worden, von denen man sich ein solides Fundament für eine umfassende Plankontrolle versprach. Die Mehrzahl dieser Kennziffern war bereits im Berichtswesen der amtlichen Statistik enthalten.

So war bereits erreicht worden, dass fast durchgängig in allen Betrieben bereits am 1. Werktag nach Monatsende wichtige Angaben über die Erfüllung des Planes vorlagen und an den Statistischen Dienst und die jeweils übergeordneten Leitungsbehörden übergeben wurden. Dies betraf insbesondere Kennziffern der industriellen Warenproduktion und des Absatzes, der Vertragserfüllung, des Exports, der Produktion, Lieferung und Warenbereitstellung an Konsumgütern, der Aufgaben auf dem Gebiet von Wissenschaft und Technik, der Investitionstätigkeit einschließlich des Realisierungsstandes wichtiger Investitionsvorhaben sowie der Auslastung bedeutender Anlagegüter.

Eine Anzahl dieser Kennziffern war jedoch noch nicht geeignet, die ihnen zugeordnete Funktion voll auszufüllen. So bestanden beispielsweise noch Probleme hinsichtlich der Vergleichbarkeit über einen längeren Zeitraum. Daher lag es nun an der amtlichen Statistik, in der innerbetrieblichen Arbeit von Rechnungsführung und Statistik diese Kennziffern möglichst genau und aussagefähig zu ermitteln und in ihrer Nachweisführung so zu gestalten, dass sie die betriebliche Leistung besser wiedergaben. Es sollte also gewährleistet werden, dass alle festgelegten Kennziffern für die Leistungsbewertung herangezogen werden konnten, sowohl vom Inhalt als auch von der Aktualität der Vorlage von Zahlen.

Maßnahmen zur Erhöhung des Informationsgehaltes qualitativer Kennziffern

Mit den ab dem Jahr 1977 auf der Grundlage entsprechender Beschlüsse und zentraler Weisungen vorgenommenen Veränderungen im zentralisierten Berichtswesen wurde eine Verbesserung der Plankontrolle und der Leistungsbewertung unter stärkerer Berücksichtigung der qualitativen Kennziffern angestrebt. Die politischen Entscheidungsträger versprachen sich hiervon vor allem mehr und aktuellere Daten für die Analyse des Intensivierungsprozesses. Dabei bestanden die Hauptergebnisse der durchgeführten Maßnahmen im Bereich der Industrie im Wesentlichen in folgendem:

Aufgrund der zunehmenden Bedeutung von Wissenschaft und Technik wurden die statistischen Aussagen und Informationen über die Erfüllung dieses Plananteils insbesondere hinsichtlich der Kontrolle der Erfüllung der Staatsplanaufgaben ausgebaut und inhaltlich weiterentwickelt. Es erfolgte nunmehr eine gesonderte Kontrolle der Aufgaben zur Qualitätsentwicklung im Zusammenhang mit wissenschaftlich-technischen Maßnahmen und eine Abrechnung der ökonomischen Ergebnisse aus den durchgeführten Maßnahmen des Planes Wissenschaft und Technik.

Um eine gleichzeitige Beurteilung der Produktionsplanerfüllung und der Qualität der erzeugten Produkte zu gewährleisten, wurde die quartalsweise Qualitätsberichterstattung¹⁵⁾ mit dem Berichtstermin der Produktionsmeldung in Übereinstimmung gebracht. Damit war es von nun an möglich, quartalsweise zum gleichen Termin über die Durchführung des Produktionsplanes und über die Erfüllung der Aufgaben auf dem Gebiet der Qualität Bericht zu erstatten.

Von einer Erhöhung des Repräsentationsgrades der in die statistische Kontrolle einbezogenen Maschinen und maschinellen Anlagen versprach man sich verbesserte Beurteilungsmöglichkeiten hinsichtlich deren durchschnittlicher täglicher Auslastung in den Betrieben und Kombinat. Im Bereich der Industrie wurde jetzt mehrmals jährlich über die durchschnittliche zeitliche Auslastung wichtiger Produktionsausrüstungen sowie über die Ursachen des Abweichens der tatsächlichen von der technisch möglichen und der geplanten Nutzungszeit Bericht erstattet.

Für die Planung und Leitung des betrieblichen Produktionsprozesses, insbesondere im Zusammenhang mit der Aussonderung veralteter Maschinen und Anlagen, wurden nunmehr solche Kennziffern, wie der Erneuerungsgrad, die Aussonderungsquote, der Verschleißgrad, die Reparaturquote sowie der Automatisierungsgrad von abnutzbaren Anlagegütern ermittelt. Ferner wurde die Informationsbasis zur Kontrolle der Einhaltung der vertraglichen Verpflichtungen der Betriebe dergestalt weiterentwickelt, dass von nun an quartalsweise Angaben über die Dauer, die Ursachen und den Abbau von Vertragsrückständen bereitgestellt werden konnten.

Schließlich wurden noch als notwendig erachtete Maßnahmen durchgesetzt, um die Bildung konstanter Planpreise für neue und weiterentwickelte Erzeugnisse auf der Grundlage des Preis-Leistungs-Verhältnisses vorzunehmen. Die hierzu herausgege-

15) Abrechnung der gesamten prüfpflichtigen Warenproduktion und die ausgewählter prüfpflichtiger Ergebnisse nach 4 Qualitätsstufen.

benen Richtlinien gegenüber den Betrieben waren darauf gerichtet, bei der Planung und Abrechnung der industriellen Warenproduktion zu konstanten Planpreisen zu gewährleisten, dass die nach dem Preis-Leistungs-Verhältnis anerkannten höheren Gebrauchswerte voll berücksichtigt und als tatsächlicher Leistungszuwachs der industriellen Warenproduktion dargestellt wurden.

Kontrolle der Leistungsentwicklung der Kombinate

Eine der wesentlichsten Aufgaben bei der weiteren Gestaltung des „Einheitlichen Systems von Rechnungsführung und Statistik“ im Jahre 1979 ergab sich aus den Beschlüssen der Parteiführung und des Ministerrates zur „Neubildung, Weiterentwicklung und Festigung“ von direkt den Ministerien unterstellten Kombinat. Daraus gingen neue Anforderungen an Rechnungsführung und Statistik in diesen Wirtschaftseinheiten und die Informationsarbeit der amtlichen Statistik, sowohl auf zentraler als auch auf regionaler Ebene, hervor.

Durch die Leitungen der Betriebe und Kombinate sowie die statistischen Dienststellen waren die Voraussetzungen zu schaffen, welche ab Jahresbeginn 1979 eine „ordnungsgemäße“ Abrechnung des Volkswirtschaftsplanes nach Betrieben und Kombinat gewährleisten sollten, die in Durchsetzung der Beschlüsse zur Kombinatbildung ab 1. Januar 1979 wirksam wurde. Zu den Aufgaben der amtlichen Statistik gehörte hierbei auch die vollständige Aktualisierung aller Arbeitsmittel zur Planabrechnung, wie zum Beispiel die Systematik der wirtschaftsleitenden Organe (WO-Schlüssel)¹⁶⁾ und die Zuordnung der Betriebe im statistischen Betriebsregister. Neben der Planabrechnung waren zugleich die erforderlichen Arbeiten zur Gewährleistung einer längerfristigen Vergleichbarkeit bedeutender Kennziffern nach der neuen Leitungsstruktur in die Wege zu leiten.

Die Informations- und Analysearbeit des Statistischen Dienstes konzentrierte sich weiterhin in bedeutendem Maße auf den Stand der Plandurchführung durch die Kombinatbetriebe, da deren umfassende Planerfüllung wiederum die Grundvoraussetzung für die Erfüllung der volkswirtschaftlichen Aufgaben des Kombinat in seiner Gesamtheit darstellte. Darüber hinaus wurde es in Übereinstimmung mit der Planung als notwendig erachtet, die Leistungs- und Effektivitätsentwicklung der Kombinate selbst als Wirtschaftseinheit über ein geeignetes Kennziffernsystem darzustellen und zu verfolgen. Besondere Bedeutung wurde dabei solchen Aussagen zugeschrieben, die es ermöglichten, den Beitrag der

Kombinate zur Erhöhung des verteilbaren volkswirtschaftlichen Endprodukts¹⁷⁾ sichtbar zu machen. Für Rechnungsführung und Statistik erwuchs in diesem Zusammenhang die Aufgabe, die innerkombinatliche Kooperation und die für die Deckung des volkswirtschaftlichen Bedarfs hergestellten und abgesetzten Erzeugnisse kontrollfähig auszuweisen und zu analysieren.

Erarbeitung von Informationsmaterialien

Durch Parteiführung und Regierung sowie auch durch die Bezirks- und Kreisleitungen der SED und die örtlichen Räte wurde regelmäßig eine Auswertung der Plandurchführung vorgenommen. Die in kurzfristigen Zeitabständen durchgeführte, straff organisierte Plankontrolle war dazu gedacht, den Partei- und Staatsorganen laufend Einblick in das Plangeschehen in ihrem Verantwortungsbereich zu ermöglichen. Besondere Aufmerksamkeit galt dabei der Planerfüllung und der Entwicklung derjenigen Betriebe und Bereiche, die eine herausragende Bedeutung für die gesamte Volkswirtschaft aufwiesen. Wichtige Grundlage für die Beurteilung waren u. a. die Berichte der statistischen Dienststellen. Hinsichtlich der Art und der Bereitstellungstermine der wichtigsten Informationsmaterialien konnte die Staatliche Zentralverwaltung für Statistik im Fünfjahrplanzeitraum 1976 bis 1980 folgenden Stand vorweisen: Im zehntägigen Rhythmus wurde über die wichtigsten Ergebnisse der Planerfüllung in der Industrie Bericht erstattet. Gegenstand der Zahlenangaben und verbalen Einschätzung waren hierbei insbesondere die industrielle Warenproduktion, der Export und die Herstellung von Fertigerzeugnissen für die Bevölkerung. Vergleichbare Informationsmaterialien wurden jeweils am ersten bzw. zweiten Werktag nach Dekadenschluss auch für das Bauwesen, den Handel und das Transportwesen erarbeitet. Die Einschätzung der voraussichtlichen Planerfüllung für den jeweiligen Monat wurde durch die zuständigen Ministerien vorgenommen.

Am 3. Werktag nach Ablauf eines jeden Monats wurde vom Statistischen Dienst ein Zahlenbericht mit Vormonatsergebnissen der Industrie zur Verfügung gestellt. Der Umfang der zur Darstellung gebrachten Tatbestände dieses Tabellenwerkes war etwas weiter gefasst als jener des Dekadenberichts. So enthielt der Monatsbericht beispielsweise auch Zahlenangaben, die das Ausmaß der Erfüllung von Vertragsverpflichtungen durch Industriebetriebe zum Ausdruck brachten.

16) Verbindlicher Schlüssel für die Gruppierung von Betrieben, Kombinat, Staatsorganen und Einrichtungen, welche eine wirtschaftsleitende Funktion ausübten oder die Aufgaben eines Fondsträgers für die Planung, Bilanzierung, Realisierung und Abrechnung wahrnahmen.

17) Gesamtheit der von einem Bereich der Volkswirtschaft hergestellten und abgesetzten Produkte und materiellen Leistungen, welche nicht wieder als Arbeitsgegenstände in den Produktionsprozess des jeweils betrachteten Bereiches eingingen.

Bereits am 4. Werktag nach Monatsende erfolgte die Weitergabe einer Kurzinformation über die Hauptergebnisse der Planerfüllung in der Industrie, im Bauwesen und auf dem Gebiet der Investitionen. Das mit diesem Monatsbericht verfolgte Anliegen war es, insbesondere durch Zahlenangaben und textliche Erläuterungen die tatsächliche Planerfüllung im Berichtsmonat nachzuweisen und das Ausmaß der voraussichtlichen Planerfüllung im Folgemonat einzuschätzen.

Ein ausführlicher Informationsbericht in Textform mit tabellarischen und graphischen Übersichten wurde am 6. Werktag eines jeden Monats übergeben. Dieser hatte neben der Berichterstattung über die Planerfüllung und die wirtschaftliche Entwicklung aller bedeutenden Bereiche der Volkswirtschaft im vorangegangenen Monat auch eine Voreinschätzung der Planerfüllung in den beiden Folgemonaten zum Inhalt. Ergänzt wurde dieser Informationsbericht u. a. durch volkswirtschaftliche Querschnittsanalysen, wie z. B. die Auslastung wichtiger Produktionsanlagen.

Eine wichtige Aufgabe für die amtliche Statistik bestand schließlich in der Erarbeitung des Jahresberichts über die Erfüllung der Direktive des IX. Parteitagess sowie des Fünfjahrplanes für die Jahre 1976 bis 1980. Konkret auf die Bezirks- und Kreisebene bezogen, handelte es sich hierbei um die jährlichen Berichte über die Planerfüllung und wirtschaftliche Entwicklung im Fünfjahrplanzeitraum. Dieser Bericht war ein statistisches Material für die langfristige strategische Arbeit der örtlichen Partei- und Staatsorgane, insbesondere für die Planungsbehörden. Er war des Weiteren Grundlage für die langfristige analytische Arbeit der Bezirks- und Kreisstellen selbst im Sinne einer Dokumentation und eines Nachschlagewerkes.

Die aufgeführten Informationsmaterialien wurden von der Zentralstelle für Statistik der obersten Staats- und Parteiführung zur Verfügung gestellt. Die vom Prinzip her ähnlich gestalteten statistischen Berichte der Bezirks- und Kreisstellen wurden in erster Linie für die Bezirks- und Kreisleitungen der SED sowie die örtlichen Räte erarbeitet. Einer breiten Öffentlichkeit hingegen standen diese Informationsmaterialien nicht zur Verfügung. Sie wurden vielmehr häufig als Verschlussache behandelt, zu denen nur ein eng begrenzter Personenkreis Zugang hatte.

Literaturverzeichnis

- Arbeitsgruppe Betriebsgeschichte der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik (Gerd Füge, Albert Kindelberger, Siegfried Meyrich): Allgemeine Entwicklung der Aufgabenstellung, Arbeitsweise und Organisation der staatlichen Statistik der Deutschen Demokratischen Republik 1945 bis 1980, Berlin 1987 (unveröffentlicht, als Kopie im Archiv des StBA).
- Donda, Arno, Eva Herrde, Otfried Kuhn und Richard Struck: Statistik (Lehrbuch), 6. Auflage, Berlin 1986
- Donda, Arno (Hrsg.): Lexikon der Wirtschaft, Band Rechnungsführung und Statistik, 2. Auflage, Berlin 1987
- Gesetzblatt der DDR, insbesondere die Jahrgänge 1949 bis 1980
- Hölder, Egon (Hrsg.): Im Trabi durch die Zeit, 40 Jahre Leben in der DDR, mit einem Geleitwort von Rainer Eppelmann, Stuttgart 1992
- Kockel, Klaus: Ausgewählte Probleme der früheren DDR - Statistik, in: Allgemeines Statistisches Archiv 1992, S. 1
- Kusch, Günter, Rolf Montag, Günter Specht und Konrad Wetzker: Schlußbilanz DDR, Fazit einer verfehlten Wirtschafts- und Sozialpolitik, Berlin 1991
- Lexikonredaktion des VEB Bibliographisches Institut Leipzig (Hrsg.): Meyers Universal Lexikon, 3. Auflage, VEB Bibliographisches Institut Leipzig, Leipzig 1980
- Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik, Staatliche Zentralverwaltung für Statistik, Arbeitsgruppe Betriebsgeschichte (Gerd Füge, Albert Kindelberger, Siegfried Meyrich): Beiträge zur Geschichte der Statistik der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1982-1985 (unveröffentlicht, als Kopie im Archiv des StBA)
- Mitteilungen des Ministerrates vom 16.06.1970, Nr. 10
- Rösler, Jörg: Zwischen Plan und Markt: Die Wirtschaftsreform in der DDR zwischen 1963 bis 1970, Berlin 1991
- Staatliche Zentralverwaltung für Statistik (Hrsg.): Monatszeitschrift Statistische Praxis, insbesondere die Jahrgänge 1949 bis 1979